

## Grüne sehen im Konzept keinen wirklichen Willen zum Sparen

10.06.2010 - HEUCHELHEIM

### Parlament beschließt Konsolidierungspapier - Genehmigung bis Monatsende erhofft

HEUCHELHEIM (cr). Mit den Stimmen von SPD, CDU, FWG und FDP hat die Gemeindevertretung Heuchelheim am Dienstagabend das erneuerte Haushaltskonsolidierungskonzept beschlossen. Das Gremium beauftragt damit den Gemeindevorstand, dieses unverzüglich der Kommunalaufsicht des Landkreises als Genehmigungsbehörde vorzulegen, damit bis Ende des Monats der Haushalt genehmigt wird. „Sonst entfällt auch die Erhöhung der Hebesätze bei der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer, die schon 2009 beschlossen wurden“, erklärte Bürgermeister Lars Burkhard Steinz. Auch die dadurch erwarteten Mehreinnahmen sind Teil des Konsolidierungskonzeptes.

Die Grünen und die Kinzenbacher Wählerinitiative (KWI) enthielten sich bei der Abstimmung, da ihre jeweiligen Ergänzungsanträge mehrheitlich abgelehnt wurden. Die Grünen bemängelten zudem einen wirklichen Willen zur Konsolidierung im vorgelegten Konzept.

Zu der außerordentlichen Gemeindevertreterversammlung war es gekommen, da die Kommunalaufsicht den Haushalt nicht genehmigt hatte. Bei einem Defizit von rund 2,9 Millionen Euro hatte das alte Konsolidierungskonzept Einsparungen in Höhe von 30 000 Euro vorgesehen. „Dies war der Aufsichtsbehörde zu wenig“, bemerkte Steinz. „Wo die Gemeinde sparen soll, ist uns aber nicht gesagt worden.“

Defizit: 1,66 Millionen Euro

Mit dem neuen Konzept wird der Fehlbedarf um 1,26 auf 1,66 Millionen Euro verringert. Man habe sich hierbei an der Leitlinie des hessischen Städte- und Gemeindebundes orientiert, stellte der Bürgermeister klar. „Dabei haben wir feststellen können, dass die Gemeinde Heuchelheim in der Vergangenheit recht genügsam gewirtschaftet hat. Wir haben nicht über unsere Verhältnisse gelebt.“ Die Forderung der Kommunalaufsicht sei ungefähr so, als würde ein dicker Arzt einem Patienten anordnen, fitter zu werden, konnte sich Steinz eine süffisante Bemerkung in Richtung Aufsichtsbehörde nicht verkneifen.

Die dicksten Brocken im Konsolidierungskonzept machen die Verzögerung einzelner Investitionen und zusätzliche Einnahmen durch Verkäufe aus. So sollen der Radwegeausbau in der Rodheimer Straße oder die Dachsanierung in den

Kindertagesstätten Rappelkiste und Sonnenhaus um ein Jahr verschoben werden. Auch die Fortsetzung der Bieberbachrenaturierung ist nicht mehr für das aktuelle Haushaltsjahr vorgesehen. Der Spielplatz am Friedhof, der laut Steinz von den Kindern nicht angenommen wurde, fällt ebenso der Konsolidierung zum Opfer.

Henrich: Mischmasch

Die Grundförderung der Vereine von jeweils 128 Euro wird ebenso gestrichen. „Diese wird aber mit den Energiekosten verrechnet“, versprach der Bürgermeister. Hier kritisierte Stephan Henrich (Grüne) die Vorgehensweise der Arbeitsgruppe. In der Vereinsvertreetersitzung vor einigen Wochen (der Anzeiger berichtete) habe zu diesem Thema noch kein Konsens geherrscht.

Des Weiteren bemängelte er den „Mischmasch an verschiedenen Maßnahmen, Entwicklungen und Vorschlägen. „Investitionsverschiebungen haben nichts mit Haushaltskonsolidierung zu tun“, fand Henrich. Damit schaffe man mittelfristig keine Entlastung für den Gemeindeetat.

Volker Kübler (Grüne) ergänzte, dass die strukturelle Konsolidierung gerade einmal 20 000 Euro ausmache. Gerhard Becker (FWG) sah in dem vorgelegten Konzept jedoch eine Notwendigkeit: „Wir werden diesem zustimmen, denn Heuchelheim muss handlungsfähig bleiben.“ Er mahnte jedoch an, in Zukunft noch enger zusammenzurücken, um auch Dinge beschließen zu können, die unter Umständen schwerfallen.

Diskussionen gab es anschließend zu zwei Ergänzungsanträgen. Sabine Müller-Kübler (Grüne) erläuterte, dass aus Sicht der Grünen alle Maßnahmen zur Vorbereitung und Erschließung des Neubaugebietes „Bölz“ ebenfalls im Konsolidierungsplan aufgenommen werden sollten. „Auf die Realisierung der „Bölz“ wird mindestens bis zu dem Zeitpunkt verzichtet, an dem aufgrund haushaltsrechtlicher Vorgaben kein Konsolidierungskonzept mehr erforderlich ist“, heißt es im Antrag weiter.

Andreas Gering (SPD) entgegnete, dass die „Bölz“ ein kleines Konjunkturprogramm für Heuchelheim sei und zusätzlich 136 000 Euro in die Gemeindekasse spüle. Bernhard Huber (FDP) schloss sich dieser Aussage an: „Die ‚Bölz‘ ist eine Investition in die Zukunft.“

Müller-Kübler hatte zuvor angemerkt, dass die Gemeinde erst ab dem Verkauf des 14. Grundstückes einen Gewinn verbuchen könne. Bei einem Investitionsvolumen von 1,7 Millionen Euro und voraussichtlichen Zinskosten von 50 000 Euro wäre eine Verschiebung die richtige Entscheidung, meinte sie.

„Zuschuss für alle Bürger“

Ebenfalls keine Mehrheit fand der Antrag der KWI, der vorsah, den Zuschuss für die Schülerbetreuung der Wilhelm-Leuschner-Schule und für die TSF-Vereinsturnhalle als bürgerhausähnliche Einrichtung um 20 Prozent zu kürzen. Kornelia Jitschin (SPD) merkte an, dass die Vereine mit ihrer Arbeit der Gemeinde helfen, Kosten einzusparen. „Das Geld ist ein Zuschuss für die gesamte

Bürgerschaft“, wandte sich Bernhard Huber ebenfalls gegen den KWI-Ergänzungsantrag.

---

© Gießener Anzeiger 2010

Alle Rechte vorbehalten | Vervielfältigung nur mit Genehmigung des Gießener Anzeiger